



## **Grenzen sichern – um mittelfristig Schengen zu sichern**

***Beschluss des MU-Landesvorstandes  
am 21. Januar 2016 in München***

Angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Flüchtlingskrise und aufgrund des von Professor Dr. Udo di Fabio erstellten Gutachtens, das die Verfassungswidrigkeit der Grenzöffnung und der damit einhergehenden tausendfachen illegalen Migration belegt, fordert der Landesvorstand der MU Bayern:

1. Die Bundesregierung mit der Bundeskanzlerin an der Spitze muss den seit September 2015 andauernden, fortwährenden Verfassungsbruch sofort beenden und die Grenzen Deutschlands wieder sichern, um die illegale Migration zu stoppen. Das soll nach Möglichkeit ohne Einschränkung des legalen Verkehrs erfolgen. Es muss mittelfristig das Ziel sein, dass die europäischen Vereinbarungen zu Schengen und Dublin wieder eingesetzt werden. Dazu braucht es den kurzfristigen Druck auf europäischer Ebene durch befristete Grenzkontrollen.
2. Wenn der Bund die Grenzsicherung nicht mit eigenen Mitteln gewährleisten kann, muss er auf das Angebot Bayerns zurückgreifen, die Landespolizei zur Grenzsicherung mit heranzuziehen. Die Kündigung der Vereinbarung mit der Bundespolizei – zur derzeitigen Organisation der Grenzsicherung – muss bis Ende Juni 2016 erfolgen.
3. Der Familiennachzug für Flüchtlinge ist auszusetzen.
4. Abgelehnte Asylbewerber und solche, die wegen Straftaten verurteilt worden sind, müssen konsequent ausgewiesen und abgeschoben werden.
5. Sollte keine wesentliche Verbesserung eintreten, sollte der Freistaat Bayern bis März 2016 Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben.